

Presseinformation



Kiel, den 11.12.2024

Es gilt das gesprochene Wort

Jette Waldinger-Thiering

TOP 12 Einführung von Mindeststandards entlang der Bildungsbiografie konsequent fortsetzen – hohe Abschlussquoten sicherstellen, Bildungsbiografien konkret fördern, Änderungsantrag SPD

Drs. 20/2671(neu), Drs. 20/2683, Drs. 20/2688

„Obwohl wir die eben genannten Maßnahmen begrüßen und unterstützen, haben wir uns zu einem Alternativantrag entschieden, der sich genau auf diese wichtigen Forderungen beschränkt und somit den Handlungsbedarf verdeutlicht.“

Wie so oft geht es auch in diesem Antrag, um eine Kernforderung, die man aus bildungspolitischer Sicht kaum ablehnen kann. Aber ich spreche hier von der Kernforderung, die man sich aus den drei Seiten langen und wortreichen Antrag erst mal raus sieben muss. Und zwar, die Forderung nach einer klaren Struktur zur Förderung und Begleitung des Bildungsweges unserer Kinder und Jugendlichen.

Hierzu hat die Koalition ein paar gute Punkte eingebracht. Zum Beispiel, dass wir die Lernausgangslage nutzen, um gute Übergänge zu schaffen. Die Übermittlung von Lernausgangslage sollte von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule genutzt werden, um eine optimale Förderung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten. Auch der Punkt zur Einführung einer Schüler ID unterstützen wir. Es muss doch möglich sein, eine erweiterte Schülerakte anzulegen, die in Bezug zum Datenschutz rechtlich vertretbar ist. Natürlich darf so eine ID kein Stigma produzieren oder zu Diskriminierung führen. Aber wir müssen einen Weg finden, die Bildungsformationen von Schülerinnen und Schüler so aufzubereiten, dass sie für die betreffenden Stellen einsehbar sind und zu einer passenden und individuellen Förderung führen. Hier zu sollten wir uns eng mit Hamburg abstimmen, um auch über die Landesgrenzen hinweg eine optimale Beschulung zu ermöglichen.

Die schulrechtlichen Schnittstellen zum § 31a sind eine gute Möglichkeit, um niemanden durchs Netz rutschen zu lassen oder besser gesagt: niemanden zurückzulassen.

Einigkeit sollte auch darüber herrschen, dass für die Arbeit der Jugendberufsagenturen noch genügend Luft nach oben ist. Die Jugendberufsagenturen können eine entscheidende Rolle für die individuelle Bildungsbiografie spielen. Dass wir die Verbesserung und Weiterentwicklung

fokussieren, sollte selbstverständlich sein. Und obwohl wir die eben genannten Maßnahmen begrüßen und unterstützen, haben wir uns zu einem Alternativantrag entschieden, der sich genau auf diese wichtigen Forderungen beschränkt und somit den Handlungsbedarf verdeutlicht. Warum werden im Koalitionsantrag unterschiedlichen Themen zusammen gerührt und somit die eigentliche Forderung in den Hintergrund gestellt? Die Forderungen im Koalitionsantrag in Bezug auf die Weiterentwicklung des Mathematikunterrichts und dem Masterplan Mathematik formulieren wir bereits in dem Antrag zu Mathematik Debakel unter TOP 17. Auch welche Erwartungen wir an das Start-Chancen-Programm stellen und welche Ergebnisse sich daraus ergeben, wird unter einer anderen Überschrift deutlich gemacht und passen nicht unmittelbar zu den konkreten Forderungen, um die Bildungsbiografie zu fördern. Ebenso müssen wir hier nicht auch noch die Erkenntnis des Bildungsministeriums über die Sprachproblematik der Schülerinnen und Schüler erwähnen. Wir haben mit unseren Anträgen zum DAZ-Unterricht deutlich gemacht, was unserer Meinung nach getan werden sollte, um Sprachbildung zu fördern und somit Schulabbrüche zu vermeiden. Über Schulabsentismus und Schulabbrüche haben wir im Bildungsausschuss Fachgespräche geführt und Anträge formuliert. Gerne unterstützen wir die Forschungsprojekte zur Ursachenklärung des Schulabsentismus - aber jetzt und sofort benötigen erstmal die funktionierenden Konzepte der Schulen und Jugendhilfeträger Unterstützung. Deshalb sage ich auch jetzt. Wir haben kein Erkenntnisdefizit. Deshalb haben wir uns für einen Alternativantrag entschieden, um eine klare Forderung zu formulieren, deren Umsetzung einen effektiven Einfluss auf die Bildungsbiografie der Schülerinnen und Schüler haben könnte. Und wie schon bei der Schüler-ID gesagt, die im Antrag genannten Maßnahmen müssen dabei unbedingt mit unserem Nachbarbundesland Hamburg abgestimmt werden, da viele Jugendliche ihre Schul- und Berufsausbildung auch auf der jeweilig anderen Seite der Landesgrenze absolvieren.

Hinweis: Diese Rede kann hier ab dem folgenden Tag als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek/>